Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Programm für Armut und Stagnation
2. Rentenpolitik: Starke Rente für alle Generationen
3. Auf den Grund kürzen
4. Zahl der Arbeitskämpfe im zweiten Jahr in Folge rückläufig – Gewerkschaften müssen häufig für Tarifbindung streiken
5. Frontalangriff im Dienste des Immobilienkapitals
6. Deutsches Rüstungskapital vs US-Finanziers
7. “Ich bin optimistisch, dass es uns gelingt, die Stimmung in diesem Lande in Richtung von Frieden und Dialog und Diplomatie zu beeinflussen”
8. Selenskyjs Warnung bewahrheitete sich
9. Einflusskampf um Lateinamerika
10. Apollo-News – Es werde Licht, aber nur genau da unten rechts, wo wir es haben wollen
11. Der Kanzler auf Springers Abschussliste
12. Der Druck auf Merz wächst
13. Fraunhofer: Netzkosten verdoppeln Preis für grünen Wasserstoff
14. Bundesregierung will Recht auf Informationsfreiheit einschränken
15. Ex-Minister Spahn und zu Guttenberg bei Geheimtreffen von US-Milliardär Peter Thiel

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Programm für Armut und Stagnation**
   Die angekündigten Reformen der Bundesregierung werden viele Menschen in

Deutschland ärmer machen. Und dabei nicht einmal die Wirtschaft ankurbeln.
Die Bundesregierung will mit ihrem „Programm für Wachstum und Beschäftigung“ die Konjunktur ankurbeln. Das wird nicht gelingen. Denn Union und SPD setzen keinerlei Wachstumsimpulse, wollen aber weitere Belastungen für Bürger:innen. Sie bringen so nicht nur immer mehr Wähler:innen gegen sich auf, sondern schaden auch der Volkswirtschaft.
Das Bruttoinlandsprodukt wird nicht wachsen, weil Beschäftigte ab dem ersten Krankentag eine ärztliche Bescheinigung brauchen oder es keine telefonische Krankschreibung mehr gibt – das füllt nur die bereits überfüllten Arztpraxen weiter.
Von der Einkommensteuerreform werden viele Beschäftigte überhaupt nicht profitieren, weil ihre Einkünfte unter dem Grundfreibetrag liegen.
Quelle: Anja Krüger in der taz

dazu auch: **Aufschwung auf dem Papier: Was das Reformpaket der Koalition verändert und was es offenlässt**
Die Regierungskoalition hat sich auf ein Papier mit dem Titel „Ein Programm für Aufschwung und Beschäftigung” verständigt: 34 Maßnahmen, präsentiert als faires Gesamtpaket aus Entlastung, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Ausgewogenheit. Wer das Dokument bewerten will, sollte nicht zählen, wie viele Punkte auf welche Seite entfallen. Aufschlussreicher ist die Frage, welche Maßnahmen institutionelle Spielregeln dauerhaft verändern und welche lediglich einmalig Geld umverteilen. An diesem Kriterium gemessen ist das Paket deutlich weniger symmetrisch, als seine Selbstbeschreibung nahelegt.
Quelle: Arno Gottschalk via Substack

2. **Rentenpolitik: Starke Rente für alle Generationen**
   Ihre Ergebnisse waren mit Spannung erwartet worden. Mitte letzter Woche hat die von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission ihre Empfehlungen für eine Reform der Alterssicherung vorgelegt. Nach der Präsentation sagte die schwarz-rote Koalition eilig zu, die dreiunddreißig Einzelvorschläge, dieses „Gesamtkunstwerk“, in Gänze schnell umsetzen zu wollen. Ausreichend Raum für eine gründliche Debatte soll es offenbar nicht geben. Doch genau die wäre notwendig für eine sorgfältige Reform solcher Tragweite – zumal zentrale Maßnahmen wenig gerecht erscheinen.
   Gut ist das Bekenntnis der Kommission, dass die Rente den Lebensstandard im Alter sichern und ihr Niveau dazu 70 Prozent des Nettoeinkommens vom Durchschnittsverdienst betragen soll. Zurecht wird dabei auch die Notwendigkeit höherer Beiträge anerkannt.

Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht

dazu auch: **Schein-Kapitaldeckung im „Gesamtkunstwerk“ zur Rente – diese Regierung hat jeden Maßstab verloren**
Ich habe schon unmittelbar nach dem Erscheinen des „Gesamtkunstwerks“ (Merz und Bas) zur Rente dargelegt, dass der wichtigste Teil des von der Kommission vorgeschlagenen Reformkonzepts (die Kapitaldeckung) kein Kunstwerk ist, sondern ein morscher Balken, der jederzeit zusammenbrechen kann. Nun hat der Kanzler in seiner Euphorie nachgelegt und erläutert, wie er sich die Kapitaldeckung vorstellt. Das Ergebnis ist hanebüchen. […]
Es ist übrigens absolut lächerlich und unangemessen, wenn eine Regierung (hier in Form von Merz und Bas) 33 Empfehlungen einer Rentenkommission als „Gesamtkunstwerk“ bezeichnet. Die Empfehlungen haben weder etwas mit „Gesamt“ zu tun noch mit „Kunst“. Es sind zusammengewürfelte Vorschläge, die keine gemeinsame analytische Basis haben, sondern lediglich die zufällige oder politisch gewollte Zusammensetzung der Kommission widerspiegeln.
Quelle: Relevante Ökonomik

3. **Auf den Grund kürzen**
Vom Bürgergeld zur Grundsicherung: Paritätischer warnt vor verschärfter Armut und Wohnungsverlust. Linke erwägt Verfassungsklage wegen Totalsanktionierung
Sie sind sich einig, sie sprechen dieselbe Sprache: Bundeskabinett und Kapitalverbände. Sie fordern Sanktionen gegen Arme und Verdrängte – per Gesetz. Sie sind erfolgreich – zunächst jedenfalls. Seit Mittwoch ersetzt die »neue Grundsicherung« das Bürgergeld. Eine Leistung, die erst seit 2023 galt und das frühere Arbeitslosengeld II ablöste. Anders gesagt: Das alte Hartz-IV-Regime ist zurück.
Die Protagonisten jubeln. Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) sprach am Mittwoch von einem »starken Signal gegen Sozialleistungsmissbrauch«. Arbeitgeberboss Steffen Kampeter sekundiert – und verlangt, die »strengeren Mitwirkungspflichten konsequent umzusetzen«. Details sind noch offen. Aktuell werkeln Ministerialbürokraten aus dem Bas-Ressort an einem Gesetz zum Berechnungsmodus der Grundsicherung – also an der sogenannten Regelbedarfsermittlung. Übersetzt: Was steht Grundsicherungsempfängern zu? Welche Positionen sind existenzsichernd und müssen in den Sätzen enthalten sein, welche nicht?
Davon unabhängig: Vom »Bürgergeld« zur »Grundsicherung« ist kein bloßer Etikettenwechsel.

Quelle: junge Welt

dazu auch: **Neue Grundsicherung und Mietkosten: Sinnlose Wohnungssuche auf Befehl vom Jobcenter**
Ab 1. Juli sind nur noch niedrige Wohnkosten in der neuen Grundsicherung erlaubt. Betroffene müssen dann eine oft sinnlose Wohnungssuche nachweisen.
Die alleinerziehende Mutter zweier Kinder in der Region Hannover war schon länger als ein Jahr auf Leistungen des Jobcenters angewiesen. Die Karenzzeit, innerhalb derer das Jobcenter die Miete für ihre Wohnung in voller Höhe übernahm, war abgelaufen, nun galt die Wohnung als zu teuer. Aber billiger Wohnraum war in der Region nicht zu finden.
Die Mutter musste dem Jobcenter anderthalb Jahre lang beweisen, dass sie intensiv suchte.
Quelle: taz

4. **Zahl der Arbeitskämpfe im zweiten Jahr in Folge rückläufig – Gewerkschaften müssen häufig für Tarifbindung streiken**
   Die Anzahl der Arbeitskämpfe und der dabei ausgefallenen Arbeitstage hat sich im Jahr 2025 im Vergleich zu den beiden Vorjahren weiter verringert, parallel zur Normalisierung der Verbraucherpreise. Im langfristigen Mittel lag die Zahl der von Streiks begleiteten Konflikte jedoch weiterhin auf relativ hohem Niveau. Dies hat mehrere Gründe: So waren die massiven Kaufkraftverluste der Vorjahre auch 2025 noch nicht in allen Branchen vollständig ausgeglichen. Außerdem führten Beschäftigte und ihre Gewerkschaften viele Arbeitskämpfe, um der seit Jahren sinkenden Tarifbindung durch Arbeitgeber, die aus Tarifverträgen aussteigen, etwas entgegenzusetzen. Das zeigt die neue Arbeitskampfbilanz des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Im internationalen Vergleich wird in Deutschland weiterhin relativ wenig gestreikt.
   Quelle: Hans Böckler Stiftung
5. **Frontalangriff im Dienste des Immobilienkapitals**
   Die Bundesregierung will Vergesellschaftung von Wohnungen auf Landesebene verbieten. Das Vorhaben ist ein Angriff auf Mieter:innen – und hanebüchener Unsinn. E s ist beeindruckend, wie viele sinnlose Substantive in den einen Satz passen, mit dem SPD und CDU auf Bundesebene dem erfolgreichen Volksentscheid in Berlin, die großen Immobilienkonzerne der Stadt zu vergesellschaften, das Genick brechen wollen. Im Ergebnis des Koalitionsausschusses heißt es: „Um den privaten Wohnungsbau nicht zu gefährden, wird durch Bundesgesetz geregelt, dass die Verstaatlichung privater Mietwohnungsbestände durch Vergesellschaftungsgesetze

auf Landesebene nicht mehr möglich ist.“
Schon der erste Satzteil – „Um den privaten Wohnungsbau nicht zu gefährden“ – trieft vor Unterwürfigkeit gegenüber dem Immobilienkapital.
Quelle: taz

dazu: **Schwarz-Rot will Enteignungsverbot durchsetzen**
Die Koalition will die Enteignung von Wohnungskonzernen verhindern. Und eine neue Wohnungsbaugesellschaft auf Bundesebene soll her. Was bringt das?
Quelle: taz

dazu auch: **Merz erklärt der Vergesellschaftung den Krieg**
Die Bundesregierung will den Ländern per Gesetz die Vergesellschaftung von Wohnraum verbieten und damit einen Gründungskonsens der Bundesrepublik entsorgen. Das ist juristisch fragwürdig – und doch zwingt es die deutsche Linke zum Handeln.
Quelle: Jacobin

6. **Deutsches Rüstungskapital vs US-Finanziers**
   Der wiederholte Einstieg mächtiger US-Investoren in strategisch wichtige deutsche Rüstungs-Startups verschärft in Deutschland die Debatte über einen etwaigen Kontrollverlust über zentrale Unternehmen der Branche an die USA. In der vergangenen Woche hat sich an einer neuen Finanzierungsrunde des Berliner Rüstungs-Startups Stark Defence neben dem US-Wagniskapitalgeber Sequoia Capital erneut der Investmentfonds des US-Milliardärs Peter Thiel beteiligt. Während Bundesregierung, Banken und Versicherungen Milliarden zu mobilisieren suchen, um den Aufbau einer eigenständigen europäischen Investitionslandschaft voranzutreiben, wächst die Sorge, vielversprechende Unternehmen könnten in entscheidenden Wachstumsphasen von US-Kapital abhängig bleiben. Im Zentrum steht die Frage, wer die milliardenschweren Finanzierungsrunden von Drohnen-, KI- und Raumfahrt-Startups stemmt und damit Einfluss auf Schlüsseltechnologien der Aufrüstung gewinnt. Über Thiel heißt es in Deutschland bislang, sein Einfluss etwa auf Stark Defence sei recht beschränkt. Der Streit um ihn belegt jedoch das deutsche Bestreben, im verschärften globalen Konkurrenzkampf größere finanzielle Unabhängigkeit von den USA zu erlangen.
   Quelle: German Foreign Policy
7. **“Ich bin optimistisch, dass es uns gelingt, die Stimmung in diesem Lande in Richtung von Frieden und Dialog und Diplomatie zu beeinflussen”**
   Reiner Braun ist Friedensaktivist. Er war jahrelang Co-Präsident des International Peace Bureau (IPB) in Berlin und ist heute noch immer Vorstandsmitglied des IPB. Im

April hat er Russland u.a. im Rahmen eines Treffens des Petersburger Dialogs besucht. Der Petersburger Dialog wurde 2001 gegründet, um die Zusammenarbeit und die gegenseitige Verständigung zwischen Deutschland und Russland zu fördern. – Ein Interview:
Quelle: Globalbridge

dazu auch: **Untergangspropheten und Möglichkeitensucher**
Die dominierende Debatte im Westen handelt von militärischer Sicherheit, nicht von möglichen Wegen zum Frieden im Besonderen und einer besseren Welt im Allgemeinen. Während in China lebhafte Diskussionen über zukünftige globale Strukturen, Regierungsführung, Frieden, Konfliktlösung und eine für das 21. Jahrhundert taugliche reformierte UNO stattfinden, bleibt der Westen gefangen in einer überholten militärisch-dominierten Weltanschauung.
Offensive Abschreckung, Aufrüstung und immer größere Militärhaushalte werden als Weg zum Frieden präsentiert. Aber wenn Waffen Frieden schaffen könnten, würden wir schon seit Jahrzehnten in Frieden leben.
Selbst Friedensforschungsinstitute sind in militärisches Sicherheitsdenken abgedriftet, finanziert von Regierungen, deren Politik sie nicht zu hinterfragen wagen.
Quelle: pressenza

8. **Selenskyjs Warnung bewahrheitete sich**
   Die ukrainische Hauptstadt Kiew ist in der Nacht auf Donnerstag und in der Früh von besonders schweren russischen Luftangriffen getroffen worden. Nur wenige Stunden zuvor hatte Präsident Wolodymyr Selenskyj eindringlich davor gewarnt. Geheimdienst- und Satellitenaufklärung spielten dabei eine wesentliche Rolle. In der ukrainischen Abwehr gibt es aber auch eine Schwachstelle, die Russland offenbar gezielt ausnutzt.
   Quelle: ORF

   dazu auch: **Ukraine bezeichnet Rheinmetall-System Skynex als “äußerst unzuverlässig”**
   Die Ukraine und Russland setzen im Kampf gegeneinander tagtäglich günstige Drohnen ein. Für den Kampf dagegen entwickelt Rheinmetall das Flugabwehrsystem Skynex. Einem Bericht zufolge soll das System bei einem russischen Angriff im April versagt haben.
   Quelle: n-tv

9. **Einflusskampf um Lateinamerika**
   Mit der Stärkung der Beziehungen zum Mercosur und einem neuen Zugriff auf Argentiniens Rohstoffe bemüht sich Außenminister Johann Wadephul um Alternativen

für die deutsche Wirtschaft zu den USA und China. Wadephul hatte am Dienstag zunächst an einem Mercosur-Gipfel in Paraguay teilgenommen, bevor er am Mittwoch in Argentinien über einen stärkeren Zugriff deutscher Unternehmen auf die dortigen Rohstoffe verhandelte, darunter Lithium. Am heutigen Freitag setzt Wadephul Gespräche in Brasilien fort, dem wirtschaftsstärksten Land des Mercosur. Berlin wünscht eine Steigerung der Exporte in den südamerikanischen Staatenbund, um von der Ausfuhr in die USA unabhängiger zu werden. Allerdings ist die Trump-Administration gerade dabei, Lateinamerika stärker unter ihre Kontrolle zu bringen. Dazu unterstützt sie ultrarechte Kandidaten bei Wahlen, in Brasilien etwa Flávio Bolsonaro. Darüber hinaus weitet sie unter dem Vorwand, Drogenkartelle und -gangs bekämpfen zu wollen, ihre militärische Kontrolle über den Subkontinent aus. Mittlerweile nimmt sie auch Brasilien ins Visier, das eine gewisse Rückendeckung in engerer Kooperation mit der EU sucht.
Quelle: German Foreign Policy

10. **Apollo-News – Es werde Licht, aber nur genau da unten rechts, wo wir es haben wollen**
Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Vor etwa drei Wochen bekam ich eine Mail von Apollo-News mit der Bitte um ein Interview. Ich musste kurz zucken, sagte dann aber zu, denn es kann ja nicht schaden, wenn auch da, wo sich Apollo-News verortet, mal etwas Vernunft in die wirtschaftspolitische Debatte kommt.
Gesagt, getan, und sehr schnell hatte ich eine Antwort und einen Termin, am 12. Juni sollte das Interview mit Max Mannhart stattfinden. Es fand auch statt, aber schon während des etwa 40-minütigen Interviews merkte ich, dass Mannhart mehrfach geistig hart auf den Boden aufschlug. Zum Schluss fragte ich ihn noch, ob er geschockt sei, aber er meinte, man kenne meine Meinung und habe das erwarten müssen.
In Sachen Veröffentlichung des Interviews wollte man sich nicht festlegen, aber innerhalb einer Woche sollte es schon erscheinen. Nun sind drei Wochen vergangen und das Interview ist trotz mehrfacher Nachfragen meinerseits – vermutlich endgültig – in der Versenkung verschwunden. Zum ersten Mal in meinem langen Berufsleben ist eine für die Öffentlichkeit gedachte Meinungsäußerung meinerseits schlicht abhanden gekommen.
Quelle: Relevante Ökonomik
11. **Der Kanzler auf Springers Abschussliste**
Der Springer-Konzern wendet sich von Merz ab und öffnet sich für eine Kooperation zwischen CDU und AfD. Um das zu sehen, braucht es keine Vieraugengespräche. […] Auch wenn das angebliche Treffen jetzt rauf und runter diskutiert wird, stellt sich die Frage, ob das überhaupt die wichtigste Frage ist. Denn sowohl die Krise zwischen

Merz und Springer als auch die Liebäugelei des Konzerns mit der AfD sind bereits offenkundig. So offenbart ein Blick in die publizistischen Springer-Erzeugnisse, dass Bild und Welt schon ganz öffentlich und unverblümt eine Zusammenarbeit mit der AfD herbeischreiben. Der Journalist Sebastian Friedrich lieferte im Blog „Über Rechts" eine Sammlung von Beiträgen, die in den letzten Monaten erschienen sind.
Quelle: taz

dazu: **Hinweise des Tages, 2. Juli 2026**

dazu auch: **Klarstellung zum Podcast „Wenn Sie wüssten …"**
Wir haben ein Gespräch zwischen Döpfner und Merz zeitlich falsch zugeordnet. Wir können nicht ausschließen, dass eine unserer Quellen auf denselben Ursprung zurückzuführen ist, aus der sich auch die SMS vom November an Herrn Döpfner speist.
Nach unseren weiteren Recherchen hat es mehr als ein Treffen zwischen Merz und Döpfner gegeben. Eins der Gespräche hat in der Zeit vor Merz Kanzlerschaft stattgefunden. Eine weitere Quelle bestätigt uns, dass Merz bereits nach dem ersten Treffen mit Döpfner, damals noch als Oppositionsführer, empört gewesen sei. Der Grund seiner Empörung: Döpfner soll ihn zu einer Zusammenarbeit mit der AfD aufgefordert haben. Auch danach hat es nach unseren Informationen den Versuch der Einflussnahme von Döpfner auf die Union gegeben, sie zur AfD zu öffnen. Wir werden in unserer nächsten Podcast-Folge am kommenden Dienstag auf die Thematik eingehen.
Quelle: RND

Anmerkung André Tautenhahn: *Vielleicht hat das Redaktionsnetzwerk auch nur erkannt, dass in der boomenden Welt der Podcasts ein tierisches Geschäft an ihnen vorbeiläuft.*

12. **Der Druck auf Merz wächst**
Die Werte von Kanzler Merz weiter im Sinkflug, die AfD fünf Punkte vor der Union – der ARD-DeutschlandTrend zeigt, welcher Druck auf Schwarz-Rot lastet. Auf die Reformpläne zur Rente reagieren die Deutschen verhalten. […]
Kanzler Merz wird darin von den Deutschen noch einmal schwächer bewertet als im Vormonat: Nur noch 13 Prozent sind mit seiner Arbeit zufrieden (-3), fünf von sechs Deutschen sind mit ihm unzufrieden. In fast 30 Jahren Geschichte des ARD-DeutschlandTrends wurde kein amtierender Kanzler schwächer bewertet.
Die Unzufriedenheit mit der Arbeit von Union und SPD insgesamt ist seit Monaten hoch. Und in der aktuellen Sonntagsfrage liegt die AfD mit 27 Prozent inzwischen fünf

Punkte vor der Union (22 Prozent, -1). Die SPD liegt mit nur noch 12 Prozent (-1) hinter den Grünen (15 Prozent) und knapp vor der Linken (11 Prozent).
Quelle: tagesschau

13. **Fraunhofer: Netzkosten verdoppeln Preis für grünen Wasserstoff**
Betreiber von Wasserstoffkraftwerken drohen laut CINES-Forschern Kosten von bis zu 15,16 Euro je Kilo. Die Infrastruktur trägt die Hälfte.
Grüner Wasserstoff soll in Zukunft auch im deutschen Strommix eine Rolle spielen. Doch wer hierzulande ab 2035 ein Wasserstoffkraftwerk betreiben möchte, muss tief in die Tasche greifen. Nicht wegen des Wasserstoffs selbst, sondern wegen der Infrastruktur drumherum.
Das Fraunhofer-Exzellenzcluster CINES hat in einer aktuellen Studie erstmals systematisch berechnet, was grüner Wasserstoff verschiedene Abnehmer tatsächlich kosten wird – inklusive Transport über das geplante Kernnetz und Speicherung.
Das Ergebnis ist für Kraftwerksbetreiber nicht gerade positiv:
Quelle: Telepolis
14. **Bundesregierung will Recht auf Informationsfreiheit einschränken**
Das entsprechende Gesetz regelt die Auskunftsrechte, die Bürger gegenüber Bundesbehörden und anderen staatlichen Einrichtungen haben. Bisher muss kein Grund für eine solche Anfrage genannt werden. In den Beschlüssen des Koalitionsausschusses heißt es nun, dass ein „berechtigtes Interesse“ an einer Auskunft nötig sein soll. Die Regierung will außerdem prüfen, ob der Kreis der Personen, die Anfragen stellen dürfen, auf Deutsche und in Deutschland lebende EU-Bürger beschränkt werden kann. Namen in den Akten sollen geschwärzt werden.
Quelle: Deutschlandfunk

dazu: **Der autoritäre Staatsumbau nimmt Fahrt auf**
Schwarz-Rot will das Informationsfreiheitsgesetz de facto abschaffen. Es ist der schwerste Angriff auf staatliche Transparenz in der Geschichte der BRD.
Die Maskenaffäre von Jens Spahn, die Kumpelei von Katherina Reiche mit der Milliardärs-Lobby, die CDU-Fördermittelaffären: Nach einem Beschluss des Koalitionsausschusses kommen derartige Skandale künftig allesamt nicht mehr an die Öffentlichkeit. SPD und Union wollen das Informationsfreiheitsgesetz de facto abschaffen. Das ist der schwerste Angriff auf staatliche Transparenz in der Geschichte der Bundesrepublik – und ein Bruch des Koalitionsvertrags.
Quelle: taz

15. **Ex-Minister Spahn und zu Guttenberg bei Geheimtreffen von US-Milliardär Peter Thiel**

Der ehemalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und der frühere deutsche Wirtschafts- und Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) nahmen an als „Dialog“ betitelten Geheimtreffen teil. „Dialog“ wurde 2006 von dem US-Datenunternehmer Auren Hoffman und Peter Thiel gegründet. Thiel ist seinerseits Gründer des Überwachungsunternehmens Palantir und des Zahlungsdienstleisters Paypal und hat enge Verbindungen zur Regierung von US-Präsident Donald Trump. Spahns Teilnahme an den geheimen „Dialog“-Veranstaltungen wurde durch Weitergabe und Veröffentlichung von Teilnehmerlisten bekannt, über die das Magazin „Wired“ zuerst berichtet hatte. Zu Guttenbergs Teilnahme wird in einem Dokument der Epstein-Akten erwähnt. Auf einer Teilnehmerliste für das Jahr 2013 stehen dort sowohl zu Guttenberg als auch Thiel selbst. (…)
Zu Guttenberg stellte außerdem über seine New Yorker Beratungsfirma für Wirecard Kontakt zu Thiel her, wie der „Spiegel“ berichtete. Der Kontakt zu Wirecard sei 2016 entstanden. Anfang diesen Jahres wurde zudem bekannt, dass zu Guttenberg gemeinsam mit dem österreichischen Ex-Kanzler Sebastian Kurz ein geheimes Treffen in Tirol organisiert hatte. Kurz begann nach seinem Ausscheiden aus der Politik für Thiel zu arbeiten. Auch Jens Spahn ist mit Kurz laut eigener Aussage „gut persönlich bekannt“.
Quelle: Multipolar

Anmerkung Christian Reimann: *Geschützte Räume im Privatleben sind in Ordnung, aber geschützte Räume in der Politik? Da scheint der ehemalige CSU-Bundesminister den Begriff Transparenz insbesondere gegenüber dem Souverän missverstanden zu haben – und nicht lediglich dieser (Ex-)Politiker.*